

+++Pressearchiv+++

Lauterbacher Anzeiger vom 08.02.2007

Zunächst ein gütliches Gespräch mit den Mobilfunk-Betreibern Magistrat und Anwalt gehen die nächsten Schritte für ein städtisches Konzept an

Norbert Gregor Günkel: LAUTERBACH. Zwar hat sich das Lauterbacher Stadtparlament ohne Beschlussfassung aus der Debatte um ein Mobilfunkkonzept für die Stadt verabschiedet - Bürgermeister Rainer-Hans Vollmöller geht dennoch daran, seine Ankündigung aus der Parlamentssitzung umzusetzen. Er wird die Mobilfunkbetreiber zu einem Gespräch einladen, um ein einvernehmliches Konzept zu diskutieren. Rechtsanwalt Christian Hagemeyer ist derweil bereits mit technischen Büros im Gespräch.

Die Fraktionen des Parlaments hatten sich - entgegen der Einigkeit im Ausschuss - schließlich doch nicht auf eine gemeinsame Fassung der vorliegenden Anträge verständigen können. Dabei waren sie in der Sache nicht weit von einander entfernt. Es ging eigentlich es nur noch um die Reihenfolge der Schritte: Gleich den Grundsatzbeschluss, wie die SPD unbedingt wollte, oder erst Kostenschätzungen und Klärung der Rechtsfragen, was die Koalition für die richtige Reihenfolge hielt. Dass die Kreisstadt versuchen soll, ein Konzept für den Ausbau des Mobilfunks auf vorgegebenen Standorten zu erarbeiten, darin waren sich die Fraktionen überaus einig.

Bürgermeister Vollmöller hatte in der Sitzung bereits darauf hingewiesen, dass er die Anregungen aus den Ausschuss-Sitzungen aufgegriffen hat. Rechtsanwalt Christian Hagemeyer, der die Stadt bereits in Sachen Windkraft vertritt, hat für den Magistrat bereits Vorschläge erarbeitet, wie ein Mobilfunkkonzept erstellt werden könnte. Diese Schritte, die Hagemeyer auch dem Parlament erläutert hatte - ohne allerdings auf den verquerten Verlauf der Debatte einen Einfluss ausüben zu können -, sehen vor, zunächst ein gütliches Gespräch mit den Mobilfunkbetreibern zu suchen. Darin soll den Firmen die Position der Stadt Lauterbach klar gemacht werden, dass künftig die Standorte für Mobilfunkanlagen von der Stadt gesteuert werden sollen. Bestreben dabei ist, die Betreiber ins Boot zu holen und möglichst zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Denn an einem Sachverhalt ließ Hagemeyer im Parlament keinen Zweifel: Ob es gelingen könnte, die eigenen Planungen der Stadt in einen Flächennutzungsplan oder gar in Bebauungspläne aufzunehmen, ist völlig offen. Denn bisher gibt es noch kein Musterverfahren zur Durchsetzung eines solchen Konzepts in der Flächenplanung einer Kommune. Ob die Stadt Lauterbach bereit wäre, dieses aufwändige, teure und dennoch ungewisse Verfahren tatsächlich zu betreiben, ist angesichts der nicht abgeschlossenen Diskussion im Stadtparlament noch nicht ausgemacht.

Klar aber scheint nach den Debatten in den Ausschüssen, dass die Eckpunkte eines solchen technischen Konzepts auch für die Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern erarbeitet werden sollen. Christian Hagemeyer hat deshalb bereits Kontakte zu einschlägigen Büros und sammelt derzeit all jene Daten, die die Fachleute brauchen, um Kostenschätzungen abgeben zu können. Weil die noch nicht vorliegen, gibt es auch noch keine einigermaßen konkreten Zahlen über den finanziellen Aufwand.

Wenn Christian Hagemeyer Recht behält, wird eine ordentlich fünfstellige Summe heraus kommen.

Terminiert ist nach Angaben von Bürgermeister Vollmöller inzwischen das Gespräch mit E-Plus über die Verlegung des Sendeturmes in Blitzenrod, dessen Bau die gesamte Mobilfunk-Debatte in der Kreisstadt überhaupt erst in Gang gesetzt hat. Ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Stadt hat Rechtsanwalt Hagemeyer im Vertrag mit E-Plus nicht entdecken können. Insofern hängt eine Verlagerung des Turms jetzt ausschließlich von den Verhandlungen ab.

+++++

+++ Bürgerwelle Lauterbach +++ Sonnenweg 43, 36341 Lauterbach +++
Ansprechpartner: Klaus Euler +++ Telefon (06641) 5816, Fax (06641) 918 884 +++
Internet: www.buergerwelle-lauterbach.de +++ eMail: info@buergerwelle-lauterbach.de

Wer ist die Bürgerwelle? Die Bürgerwelle ist ein Zusammenschluss von Bürgern in Lauterbach, die dafür eintreten, dass keine Mobilfunkanlagen in Wohngebieten und sensiblen Bereichen wie Kindergärten, Altenheimen und Schulen errichtet werden. Die Bürgerwelle fordert, dass die Stadt Lauterbach eine intelligente und gesundheitlich unbedenkliche Standortpolitik für Mobilfunkanlagen betreibt.

+++++